RP und Landkreis untermauern Positionen in Sachen Ostanbindung

Baden-Airpark: Rastatt will Erfolgsaussichten vor weiterem Fortgang prüfen, Karlsruhe setzt auf Nachbesserungen

Karlsruhe (fk) – Die Absage des Karlsruher Regierungspräsidiums (RP) für die Ostanbindung des Baden-Airparks an die A5 schlägt weiter Wellen. Der Landkreis hat nach Worten von Landrat Toni Huber beantragt, das Verfahren ruhen zu lassen und habe ein externes Fachanwaltsbüro mit einer Überprüfung beauftragt. Dessen Ergebnis soll dann den Kreistagsgremien vorgestellt werden. Komme man zu einem anderen Ergebnis als das RP, könne man entweder mit rechtlichen Mitteln dagegen vorgehen – oder eine neue Planung angehen (wir berichteten).

Noch, so machen sowohl Landrat Toni Huber als auch das Regierungspräsidium gegenüber dem BT erneut deutlich, ruhe das Verfahren nur. Der Landkreis lasse überprüfen, ob ein weiteres Bestehen auf die vorgelegte Planung der Ostanbindung Erfolgsaussichten habe und wenn nicht, wie weit man in dem Verfahren zurück müsse oder ob gar eine andere Planungsvariante zurate gezogen werden müsse. So umgehe man einen wahrscheinlich ablehnenden Planfeststellungsbeschluss des RP.

Das Regierungspräsidium machte gestern gegenüber dem BT klar, dass ein rechtliches Vorgehen gegen die jetzige Ablehnung nicht möglich sei. Ein Insistieren vor der Justiz benötige einen Planfeststellungsbescheid, um den das Landratsamt nicht gebeten habe, hieß es aus der Pressestelle des RP.

Landratsamt ist am Zug

Dort betont man deshalb: Jetzt sei der Landkreis an der Reihe, der eine neue Variante vorlegen müsse. Das sei einfacher, als das Verfahren zu schließen. Denn die Ostanbindung in ihrer jetzigen Form sei nicht genehmigungsfähig, so das RP auf BT-Anfrage.

Dazu gab es auch diverse Reaktionen aus Politik und Wirtschaft. Der Präsident der Industrie und Handelskammer Karlsruhe (IHK), Wolfgang Grenke, betonte: „Der Autobahnanschluss des Baden Airpark an die A5 wäre zunächst eine deutliche Reduzierung der Verkehrsbelastung für die Einwohner von Hügelsheim. Er ist zudem eine wichtige Voraussetzung für die zahlreichen Logistik- und Dienstleistungsbetriebe, die in der Region erhebliche Gewerbesteuern und zahlreiche Arbeitsplätze generieren, nicht den Anschluss ans internationale Geschäft zu verlieren.“ Der Baden-Airport sei nicht nur ein kleiner Regionalflughafen. Er sei vielmehr mit der großen Start- und Landebahn und dem angeschlossenen und gut entwickelten Gewerbepark inzwischen ein regionaler Knotenpunkt für die Tourismus-, Business Aviation- und Logistik-Branche, so Grenke.

In das gleiche Horn blies der Kreisvorsitzende der FDP Baden-Baden und Stadtrat René Lohs. Die Nachricht von der Ablehnung der geplanten Ostanbindung des Baden-Airparks an die A5 durch das Regierungspräsidium sei für unsere Region eine wirtschaftspolitische Katastrophe.

Die beiden Grünenpolitiker Hans-Peter Behrens und Manuel Hummel betonen indes: „Der immer wieder ignorierte, höchst problematische Eingriff in die Naturschutzgebiete und der geringe Verkehrsfluss von der Autobahn waren neben der fehlenden Entlastung für Hügelsheim die Hauptkritikpunkte der Grünen im Kreistag. Spätestens mit der Vorlage des konkreten Plans für eine Nordanbindung durch den NABU hätte jedem klar sein müssen, dass das alleinige Beharren auf einer Ostanbindung – mit all ihren ökologischen Problemen – vor Gericht keinen Bestand haben könne.“ Sie fordern einen Neustart der Diskussion unter dem Gesichtspunkt der Lärm- und Verkehrsentlastung der Gemeinden Hügelsheim, Schiftung und Halberstung.